

Worum geht es bei der Debatte um Mesut Özil?

Stellungnahme vom 1. August 2018

„Und besonders wichtig: Mesut Özil bekennt sich nicht zu Werten wie Meinungsfreiheit oder Toleranz. Werte, für die Deutschland und der DFB stehen – aber der türkische Staatschef Erdogan nicht.“

So schrieb die BILD am vorletzten Sonntag (22.07.) über den gerade zurückgetretenen Nationalspieler. Das ist der Gleichklang der bürgerlichen Medien, seit am 14. Mai Bilder veröffentlicht wurden, die Mesut Özil und seinen Nationalmannschafts-Kameraden Ilkay Gündogan zusammen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan zeigen. Denn zwar reichen die Meinungen von Özil als „Paradebeispiel für gescheiterte Integration“ hin zu Özil als Opfer des DFB, aber in einem sind sich alle einig: Das Foto mit Erdogan hätte nicht sein dürfen und geht gegen „deutsche Werte“.

Das ist mehr als heuchlerisch. Bürgerlichen Medien wie BILD, FAZ und TAZ haben kein Problem, wenn die Bundesregierung mit der türkischen Regierung einen unmenschlichen „Flüchtlingsdeal“ schließt, der im Wesentlichen vorsieht, Flüchtlinge an den Grenzen aufzuhalten und über die Türkei zurück in Elend und Tod zu schicken. Bürgerliche Medien sehen auch kein großes Problem, wenn mal wieder für Millionen deutsche Waffen in die Türkei exportiert werden, sodass der türkische Staat seine aggressive Politik gegenüber der kurdischen, türkischen und syrischen Bevölkerung fortsetzen kann. Dieselben Waffen nutzt der türkische Staat, um im Wettüsten mit dem griechischen Nachbarstaat nicht ins Hintertreffen zu geraten – und steigert damit die Kriegsgefahr in der Region.

Warum ist den bürgerlichen Medien ein Foto von Özil und Gündogan so ein Dorn im Auge? Es geht dabei weder um den Multimillionär Özil, noch eine ernsthafte Ablehnung der türkischen Regierung. Die Berichterstattung richtet sich vor allem gegen Muslime in Deutschland und viele von ihnen sind türkische Arbeiterfamilien. Sie werden zum

Sündenbock gemacht, in Özils Fall vorgeschoben für die WM-Blamage der deutschen Mannschaft, aber letztlich generell für soziale Probleme in Deutschland. Muslime in Deutschland werden verantwortlich gemacht für sexuelle Übergriffe und Attentate, ihnen wird ein rückschrittliches Welt- und Menschenbild unterstellt und sie bilden angeblich gefährliche Parallelgesellschaften, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen. In dem die bürgerlichen Medien durch die Bank dieses Bild von Muslimen propagieren, befördern sie eine gesellschaftliche Isolierung dieser Teile der Bevölkerung. Dass es sich bei Muslimen in Deutschland vor allem um Arbeiter handelt, wird totgeschwiegen – denn dann müssten die Medien ja eingestehen, dass es sich um Menschen handelt, die einen Gutteil des Reichtums in Deutschland erarbeiten, den sich letztlich eine winzige Minderheit von deutschen Eigentümern aneignet.

Wer bis jetzt von dem ‚Say no to racism‘ – Image des DFB eine ernste Kampfansage gegen Rassismus erwartet hat, muss sich spätestens jetzt von der Illusion verabschieden. Leider wird auch bei Fußballspielern mit zweierlei Maß gemessen, wenn es darum geht Fotos mit ausländischen Präsidenten zu machen. Während Lothar Matthäus mit Putin vor die Kamera treten kann, ohne dass es ein größeres Medienecho erzeugt, ist das den Nationalspielern aus türkischen Familien nicht vergönnt. Als sich die deutsche Nationalmannschaft vor ein paar Jahren mit Angela Merkel in der Kabine filmen ließ, gab es auch kaum kritische Stimmen – obwohl Kritik hier mindestens genauso angebracht gewesen wäre.

Die Kritik an Özils Foto mit Erdogan lautet so: Mit Diktatoren darf man sich nicht fotografieren lassen. Es wird genutzt, um zu behaupten, in Deutschland würden wir in einer Demokratie und einem Rechtsstaat leben. Besonders gerne wird das von Grünen und anderen liberalen Politikern vorgebracht, die alle Kriegseinsätze, Asylverschärfungen und Sozialabbau mittragen. Was



von diesem „Rechtsstaat“ zu halten ist, hat erst vor kurzem die Haftentlassung des Nazi-Terroristen Ralf Wohlleben gezeigt. Aber wir erleben es auch täglich vor deutschen Sozial- und Arbeitsgerichten: Es ist der Rechtsstaat der Unternehmer und des Kapitals und der Unrechtsstaat für die Arbeiterklasse.

Wir wenden uns gegen das chauvinistische Abstempeln der Türken in Deutschland, die die Politik der Regierung Erdogan gut finden. Denn es ist blanker Chauvinismus, der in Gedichten wie dem von Jan Böhmermann und in der Darstellung vieler Medien zum Ausdruck kommt: Alle Türken, die beim Referendum mit ja gestimmt und nun Erdogan gewählt haben, seien dumme Diktatoren-Fans, die aber hier die Demokratie genießen wollen. Dabei gibt es auch Gründe, warum Deutsch-Türken sich von Erdogan vertreten fühlen. Gleichzeitig ist das auch Ausdruck davon, dass sich diese Menschen falsche Vorstellungen von der AKP-Regierung machen. Natürlich ist es nicht im Interesse türkischstämmiger Arbeiter in Deutschland, die Regierung Erdogan – wie jede andere bürgerliche Regierung – zu unterstützen. Aber hier geht es um etwas anderes, nämlich um ein chauvinistisches Überlegenheitsgefühl des "demokratischen Westens" gegenüber der Türkei und der islamischen Welt allgemein. Dieser Chauvinismus dient zur weiteren Spaltung der Bevölkerung.

All das nützt dem vor allem dem deutschen Kapital und seinen Lakaien in den bürgerlichen Parteien von AfD bis Linkspartei. Indem die Debatte um Özils Foto so ausgebreitet wird, werden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Spaltung zwischen muslimischen und deutschen Arbeitern wird verschärft und die Arbeiterklasse insgesamt wird daran gehindert zu erkennen, wer ihr wirklicher Feind ist und ihre realen Probleme zu verantworten hat: das deutsche Kapital und sein Staat.

Die scheinbaren Unterschiede zwischen AfD und anderen bürgerlichen Parteien werden dabei zunehmend kleiner. Lange Zeit war es noch üblich in den Medien Einzelbeispiele für eine gelungene Integration von Migranten heraus zu heben mit der verlogenen Botschaft: Wenn du dich nur ordentlich

anstrengst und die „deutschen Werte“ akzeptierst, kannst du hier auch einen Platz bekommen. Das Beispiel vom Bambi-Integrationspreisgewinner Özil zeigt aber, dass es jetzt salonfähig ist, die Möglichkeit der Integration von Muslimen in Deutschland generell infrage zu stellen. Damit zeigt sich die ganze hässliche Fratze des deutschen Staates: Willkommen war eh immer nur der, der dem deutschen Kapital etwas bringt, sich dabei anpasst und bloß nicht aufmuckt. Es ging immer um eine Integration im Sinne einer Anpassung an das politische System, damit Staat und Unternehmen so frei und flexibel wie möglich über Arbeitskräfte verfügen können.

Wir haben es also mit einer Verschärfung des Tons in Deutschland zu tun, der seit einiger Zeit Hand in Hand mit einer Verschärfung körperlicher und psychischer Gewalt gegenüber Muslimen einhergeht. Stärkste Antreiber sind dabei weiterhin die AfD und ihre Fußtruppen aus Identitären und Antideutschen. Doch auch die anderen Partei treiben die Hetze gegenüber Muslimen voran, sei es durch das von Sahra Wagenknecht von der Linkspartei vertretene „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“ oder den „Masterplan Migration“ von Innenminister Seehofer. Der Staat beweist damit täglich aufs Neue, dass er die Spaltung in der Arbeiterklasse und der gesamten Gesellschaft zwischen Deutschen und Migranten aktiv befördert um seine Kontrolle besser ausüben zu können.

Denn es ist klar: Wenn wir lernen, dass sich die Interessen von deutschen und muslimischen Arbeitern nicht widersprechen, sondern wir letztlich alle demselben Gegner gegenüberstehen, wird sich der Angstschweiß auf den Häuptern des Kapitals zeigen. Wenn wir lernen, dass unsere Ausbeuter und Unterdrücker in den Konzernzentralen und Ministerien sitzen und nicht in der nächsten Moschee, dann wird sich auch unsere ganze Macht zeigen. Es geht also nicht darum, den Multimillionär Özil und seine Illusionen in den bürgerlichen Staat zu verteidigen, sondern die Interessen der muslimischen Arbeiter in Deutschland. Denn der Angriff richtet sich letztlich gegen die gesamte Arbeiterklasse.